

„Unverantwortlicher Eingriff in einmalige Landschaft“

Schlie greift Kieler Windkraft-Pläne an – Stiftung und Bürgerinitiative wollen „Offensive gegen Zerstörung des Naturparks“

VON FLORIAN GROMBEIN

MÖLLN/KIEL. In die Debatte um mögliche Windkraftflächen im Naturpark Lauenburgische Seen schaltet sich jetzt Klaus Schlie ein. Der frühere Innenminister Schleswig-Holsteins und ehemalige Landtagspräsident ist Präsident der Stiftung Herzogtum Lauenburg. Er stellt sich gegen die Pläne der Landesregierung. Der CDU-Politiker widerspricht damit dem Kurs seines Parteifreunds und Ministerpräsidenten Daniel Günther sowie dessen Energieminister Tobias Goldschmidt (Grüne). Gleichzeitig unterstützt Schlie die Position der Bürgerinitiative „Naturpark statt Windpark“.

Eine Petition gegen „Windkraft im Naturpark“ unterzeichneten mehrere Tausend Menschen aus ganz Deutschland und dem Ausland. Auslöser ist die geplante Ausweisung von Windkraftflächen im Naturpark. Im Raum Horst, Schmilau und Sterley stehen derzeit mehrere Potenzialflächen im Fokus. Zusammengekommen umfassen sie rund 500 Hektar. Darüber hinaus sieht der Regionalplan weitere optionale Flächen für Windkraft im Naturpark vor, unter anderem im Raum Gudow.

Stiftung sieht Schutzzweck des Naturparks gefährdet

Schlie sieht darin einem grundlegenden Konflikt mit dem ursprünglichen Schutzzweck des Naturparks. „Diese Zielsetzungen, denen wir uns zuteilzufrieden fühlen, sind durch die geplante Ausweisung von über 600 Hektar Vorrangflächen für Windkraft im Naturpark erheblich bedroht“, erklärte er.

Die Stiftung verweist auf ihre eigene Geschichte: Bereits bei ihrer Gründung vor fast 50 Jahren sei neben der Kulturförderung der Schutz der Landschaft als zentraler Auftrag festgelegt worden. Dieser sei 1960 zum Erbe weiter gegeben worden, das ausdrücklich dem Naturschutz gewidmet sei.

Der Naturpark selbst gilt als besonders sensibler Raum. Er wurde 1961 gegründet und ist



Werden bald Windkrafttürme im Naturpark Lauenburgische Seen gebaut? Das Archivfoto zeigt den Bau der Anlagen bei Breitenfelde, die bereits errichtet sind.

FOTO: HOLGER MARQUON



Klaus Schlie (CDU) ist Präsident der Stiftung Herzogtum Lauenburg und Mitglied im CDU-Ortsverein Mölln. Zuvor war er Landtagspräsident in Kiel.

FOTO: FLORIAN GROMBEIN

der älteste Naturpark Schleswig-Holsteins. Ziel war es, die einzigartige Seen- und Landschaft zu erhalten und zugleich als Erholungsraum zu entwickeln.

Schlie warnt: Industrielle Windkraftanlagen bedeuteten

einen „unverantwortlichen Eingriff in eine intakte, einmalige Landschaft“. Er verweist auf Buchen- und Erlenwälder, Moore als CO₂-Speicher sowie zahlreiche Tierarten wie Seeadler, Kranich oder Fischotter, die sich dort angesiedelt haben.

Zugleich kündigt die Stiftung Widerstand an. Gemeinsam mit Gemeinden, Verbänden und der Bürgerinitiative soll eine „Offensive gegen die Zerstörung des Naturparks“ gestartet werden. Geplant ist unter anderem eine öffentliche Diskussion mit Vertretern der Landespolitik. Auch ein offener Brief an CDU-Ministerpräsident Daniel Günther und die zuständigen Ministerien hat Schlie angekündigt.

Erfahrung aus der Landespolitik

Besonders brisant: Schlie kennt die Abläufe der Landesplanung aus eigener Erfahrung. Als Innenminister war er auch für die Regionalplanung zuständig. Er verweist in der Pressemitteilung der Stiftung auf die konkreten Folgen von Windparks: von massiven Fundamenten bis zu neuen Leitun-

gen und Infrastruktur. Diese Eingriffe würden ein „hochsensibles Gebiet“ zusätzlich belasten.

Damit verschärft sich die politische Dimension des Konflikts. Während das Land an seinen Flächenzielen für die Energiewende festhält, wächst vor Ort der Widerstand. Nun bekommen die Windkraftgegner aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg also auch Unterstützung aus der Politik, wenn auch nur von einem ehemaligen Mitglied der Landesregierung.

Die Bürgerinitiative „Naturpark statt Windpark“ will über die Petition an den schleswig-holsteinischen Landtag eine öffentliche Anhörung erreichen. Die notwendige Zahl von 2000 Unterschriften sei inzwischen überschritten. Die Mitglieder der Initiative würden nun auf ein Treffen mit dem Petitionsausschuss warten.